

Offener Brief von 106 Kollegen der Max-Brauer-Schule an die AfD-Bürgerschaftsfraktion	Offener Brief der AfD-Bürgerschaftsfraktion an die 106 Lehrer der Max-Brauer-Schule
Hiermit beanspruchen wir folgende Punkte für uns:	<i>Hiermit beanspruchen wir folgende Punkte für uns:</i>
Wir informieren sehr kritisch über die Inhalte und Strategien der AfD - und anderer Parteien und Gruppierungen mit demokratiefeindlichen Absichten.	<i>Wir informieren sehr kritisch über Lehrer, die ihre Stellung dazu missbrauchen, die ihnen anvertrauten Schüler mit ihren weltanschaulichen und parteipolitischen Vorstellungen zu überwältigen und sie an der Bildung eigener politischer Urteile zu hindern.</i>
Wir weisen Schüler*innen explizit darauf hin, welche Gefahren von einem Erstarken der AfD für die freiheitlich demokratische Grundordnung ausgehen können.	<i>Wir weisen Eltern und die Öffentlichkeit explizit darauf hin, welche Gefahren von politischer Indoktrination an den Hamburger Schulen ausgehen kann und das eine solche mit den Prinzipien unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung unvereinbar ist.</i>
Wir erarbeiten mit Schüler*innen im Unterricht die in mindestens Teilen der AfD vorherrschende ablehnende Haltung gegenüber Pressefreiheit, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit.	<i>Wir informieren die Elternschaft und die Öffentlichkeit über die jedenfalls in Teilen der Hamburger Lehrerschaft verbreitete Ansicht, der Kampf gegen die AfD sei Teil einer guten, selbstgerechten Gesinnung, der auch in der Schule betrieben werden müsse.</i>
Der Grundsatz der Max-Brauer-Schule lautet „Vielfalt ist Reichtum“. Wir sprechen an, dass wir dieses Prinzip durch eine Partei gefährdet sehen, deren Führungspersonal etwa in Deutschland lebende Türk*innen als “Kameltreiber” bezeichnet und Politikerinnen in Anatolien “entsorgen” möchte.	<i>Der Grundsatz der AfD-Bürgerschaftsfraktion lautet: Lehrer müssen sich im Unterricht mit ihren Schülern kritisch aber dabei sachlich und ohne Herabwürdigung mit den Positionen und Äußerungen aller Parteien auseinandersetzen. Wir sprechen an, dass wir dieses Prinzip durch einzelne Lehrer gefährdet sehen, die selektiv und aus dem Kontext herausgelöst Einzeläußerungen von AfD-Vertretern skandalisieren, während sie gleichzeitig Entgleisungen von Vertretern anderer Parteien unerwähnt lassen oder relativieren.</i>
Wir diskutieren im Unterricht über die unterschiedlichen Spielarten der menschenfeindlichen Ideologie des Rassismus und bringen zur Sprache, dass wir diese Haltung in den Positionen und der Rhetorik der AfD wiederfinden.	<i>Wir diskutieren mit Eltern, wie Hamburger Lehrer ideologisch aufgeladene linke Kampfbegriffe und Konzepte im Unterricht einbringen, um so ihre Schüler unter dem Anschein von Wissenschaftlichkeit und Allgemeingültigkeit gezielt in eine bestimmte Richtung zu lenken und politische Urteile vorzukauen.</i>
Wir thematisieren im Unterricht, dass die wiederholte und andauernde Reduzierung komplexer Sachverhalte verbunden mit der Schuldzuweisung auf eine Minderheit, die in der AfD stattfindet, der Rhetorik gleicht, die in der Massenvernichtung von Millionen von Menschen und einem Weltkrieg endete - was von Führungspersonen der AfD als “Vogelschiss” in der deutschen Geschichte aufgefasst wird.	<i>Wir thematisieren in unseren Veranstaltungen und Gesprächen mit Bürgern, wie totalitäre Regime das Mittel der politischen Indoktrination in der Erziehung systematisch einsetzen, um kritisch-oppositionelles Denken zu unterdrücken und dass manche Vorgänge in Teilen der Hamburger Schulen und der Schulbehörde zunehmend an den Staatsbürgerkundeunterricht der DDR erinnern, der zum Ziel hatte, Kinder zu einer einheitlichen sozialistischen Gesinnung zu erziehen.</i>

<p>Wer in der Schule seine politische Meinung frei ausspricht, muss sich der Diskussion stellen und keinerlei Sanktionen oder Einschüchterungen erwarten. Dieses Prinzip gilt in erster Linie für die Schüler*innen, aber auch für uns Lehrkräfte.</p>	<p><i>Wir sprechen an, wie angepasst sich Schüler in den Hamburger Schulen inzwischen verhalten, weil sie Sanktionen und Einschüchterungen durch Lehrer und Mitschüler fürchten oder bereits erlebt haben, wenn sie sich kritisch zu bestimmten politischen Vorgängen äußern.</i></p>
<p>Wir hetzen nicht. Wir bilden die politische Debatte um den Charakter der AfD in unserem Unterricht ab und beziehen dazu Stellung (Beutelsbacher Konsens).</p>	<p><i>Wir hetzen nicht. Wir nehmen die uns aus der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg zustehenden Oppositions- und Kontrollrechte in Anspruch, um Missstände an den Hamburger Schulen und der Schulbehörde aufzuklären und uns ggf. mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln zur Wehr zu setzen.</i></p>
<p>Wir sind der Überzeugung, dass es unsere Pflicht ist, unsere Schüler*innen über die Instrumentarien einer wehrhaften und lebendigen Demokratie aufzuklären und sie zu ermutigen, sich an diesem Prozess zu beteiligen.</p>	<p><i>Wir sind der Überzeugung, dass es unsere politische Verantwortung gebietet, betroffene Eltern und Schüler zu beraten und dabei zu unterstützen, wie sie sich gegen parteipolitische Einflussnahmen an Hamburger Schulen wehren können und dadurch einen wichtigen Beitrag für den Erhalt einer demokratischen Meinungsvielfalt leisten.</i></p>
<p>Wir handeln dabei nicht entgegen den Grundsätzen unseres Berufsstandes, sondern folgen unserem Diensteid, in dem wir uns verpflichten, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg und alle in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze zu wahren.</p>	<p><i>Wir folgen in unserem Handeln dem Grundgesetz, das uns als Parteimitglieder und Mandatsträger verpflichtet, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken und unsere Wähler und Unterstützer, die besonders von Neutralitätsverstößen an den Hamburger Schulen betroffen sind, politisch zu unterstützen.</i></p>
<p>Wir möchten mit diesem offenen Brief diejenigen Kolleg*innen stärken, die durch Ihre Beschwerden bereits unter Druck geraten sind und rufen alle Kollegien der Hamburger Schulen dazu auf, es uns gleich zu tun.</p>	<p><i>Wir möchten mit diesem offenen Brief diejenigen Schüler und Eltern stärken, die von der politischen Stimmungsmache gegen die AfD an einzelnen Hamburger Schulen – wie der Max-Brauer-Schule – betroffen sind. Wir wissen, dass es auch an Ihrer Schule unter den Schülern, Lehrern und Mitarbeitern Unterstützer unserer Partei gibt, die zukünftig ein wachsames Auge auf Ihr Handeln werfen werden, um die schlimmsten Auswüchse parteipolitischer Einflussnahmen zu verhindern.</i></p>
<p>Ferner rufen wir die Schulbehörde dazu auf, die von den Angriffen der AfD betroffenen Kolleg*innen in größtmöglichem Umfang zu schützen.</p>	<p><i>Wir rufen alle Schüler und Eltern dazu auf, kritisch zu hinterfragen, wie (un)politisch Lehrer angesichts der bestehenden Rechtsvorschriften im Unterricht tatsächlich sein dürfen. Wir rufen dazu auf, Lehrer auf mögliches Fehlverhalten direkt anzusprechen oder sich an Dritte zu wenden, wenn eine schulinterne Konfliktlösung nicht möglich erscheint.</i></p>